



So seh ich's

Migrationspakt: Wird Kritik jetzt lebensgefährlich?

Auf Initiative des AfD-Abgeordneten Stefan Räßle fand am 8.12.2018 eine Demonstration gegen den Migrationspakt in Stuttgart statt. Von den Medien weitestgehend verschwiegen, kam es durch linke Gegendemonstranten zu einem Angriff gegen Stefan Räßle. Sieht so der neue Umgang mit Kritikern aus?



Hallo, hier ist der Titus und ich begrüße euch zur nächsten Folge von „So seh ich’s“! Wird Kritik jetzt lebensgefährlich? Diese Frage beschäftigt mich schon seit einiger Zeit. Oder wie findet ihr das? Da sind 100 Leute, die legal zu einer Demonstration gehen. Die sehen sich plötzlich 400 Gegendemonstranten gegenüber. Und trotz Anwesenheit der Polizei, lassen sich diese Gegendemonstranten nicht davon abhalten, eine massive Holzbank auf das Fahrzeug des Veranstalters zu werfen. Also, wären da nicht A-Säule und Windschutzscheibe gewesen, der wär’ jetzt platt! Und das ist jetzt auch keine erfundene Geschichte, sondern hat sich tatsächlich so zugetragen. Und zwar letztes Jahr am 8. Dezember in der Stuttgarter Innenstadt.

Vielleicht gilt ja Artikel 5 unseres Grundgesetzes, in dem von Meinungsfreiheit die Rede ist, nicht für Mitglieder der AfD? Denn bei dem Initiator der Demonstration geht es um Stefan Räßle, einem Landtagsabgeordneten der Alternative für Deutschland. Oder ist es vielleicht verkehrt, dass die 100 Demonstranten den Migrationspakt in Frage gestellt haben? Aber da fallen mir weitere Artikel ein, die von körperlicher Unversehrtheit sprechen und davon, dass niemand wegen seiner politischen Anschauung benachteiligt werden darf. Oder ist es heutzutage ganz out auf die Straße zu gehen? Aber dann wären, glaub’ ich, auch unsere Demokratie und das Grundgesetz ganz out und man könnt’s auf die Seite legen - wenn nicht so viele gute Sachen drinstehen würden.

Ich beobachte, dass es in den letzten Jahren immer wieder zu Übergriffen auf Demonstranten kommt. Der Zwischenfall von Stefan Räßle ist kein Einzelfall. Hier mal ein paar Beispiele:

15. November 2014: In Dresden demonstrieren die „Besorgten Eltern“ gegen die Frühsexualisierung und sehen sich ebenfalls einer gewaltigen Übermacht von pöbelnden Gegendemonstranten der Antifa gegenüber.

21. Oktober 2017 in Saarbrücken: Der „Marsch für das Leben“; und nicht nur in Saarbrücken sondern auch in Annaberg werden die Demonstranten beschimpft, beleidigt und zum Teil tätlich angegriffen.

Also das Fazit daraus ist: Melde eine Demonstration an, die der „political correctness“ ein wenig widersprechen könnte, und du siehst dich einer Übermacht gewaltbereiter Störenfriede gegenüber.

Ja, und was ist nun mit den Hauptmedien - die sind doch die Mithüter der Demokratie? Die verschweigen oder relativieren diese Übergriffe und sprechen von friedlichen Gegendemonstranten. Also, wenn die ihre Aufgabe nicht machen, dann ist es unsere Aufgabe, die Demokratie zu schützen! Hast du ähnliches erlebt? Dann freue ich mich auf deine „So-seh-ich’s-Sendung!“

von ab.

Quellen:

<http://www.pi-news.net/2018/12/stuttgart-menschenjagd-auf-afd-demonstranten/>

Das könnte Sie auch interessieren:

#AfD - www.kla.tv/AfD

#SoSehlchs - seh ich's - www.kla.tv/SoSehlchs

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.